

## Infoabend mit Landrat Christoph Göbel zur Errichtung von Modulhäusern für Flüchtlinge

Wegen der geplanten Wohnanlage an der Ottobrunner Straße, in der voraussichtlich ab Mai bis zu 160 Asylbewerber im laufenden Verfahren bzw. anerkannte Asylbewerber, die aus der Gemeinschaftsunterkunft ausziehen müssen, untergebracht werden, fand am 1. März abends eine Infoveranstaltung statt. Eingeladen dazu hatte die Gemeinde Höhenkirchen-Siegertsbrunn, um die aufkommenden Bedenken der Bürger zu zerstreuen und deren Fragen beantworten zu können. Zu diesem Infoabend war Landrat Christoph Göbel, der Projektentwickler der „Feel-Home – Häuser“, die Fachstelle zur Verhinderung von Obdachlosen, die Caritas-Betreuungsstelle aus der Gemeinschaftsunterkunft und die Polizeiinspektion Ottobrunn als Referenten und „Antwortgeber“ ebenfalls anwesend. Erste Bürgermeisterin Ursula Mayer und Landrat Christoph Göbel zeigten den Verlauf der Planungen für die in Holz-Stahl-Konstruktion gebauten fünf Häuser auf, erklärten die Intention und wagten – soweit möglich – eine Zukunftsprognose.

### **80 Prozent werden hier bleiben**

Christoph Göbel stellte klar, dass er aus organisatorischen Gründen eine dezentrale Unterbringung für nicht optimal hielt. Um die Bedarfe der Asylbewerber bestmöglich aufzufangen und eine Eingewöhnung in die ungewohnte Umgebung zu erleichtern, werden die Menschen zunächst einmal Trost und Ansprache bei ihren Landsleuten suchen und finden und könnten zentral von einem Mitarbeiter des Landkreises in den Unterkünften besser betreut werden. Silke Müller-Arevalo, die die Gemeinschaftsunterkunft an der Bahnhofstraße seit 2008 betreut, sprach sich sogar entschieden für eine zentrale Unterbringung aus. Die eigentliche Integration in unsere Kultur, so die Sozialarbeiterin, beginnt mit dem Erlernen der deutschen Sprache in den entsprechenden Kursen. Auch die Betreuung mit einem eigenen Büro in der Einrichtung sah sie besonders positiv für ihre Arbeit.

Die Frage, aus welchen Ländern die Menschen kommen werden, konnte Christoph Göbel weitgehend beantworten: „Es werden uns von der Regierung von Oberbayern Menschen zugewiesen, die mit größter Wahrscheinlichkeit aus dem Verfahren mit einem Bleiberecht herauskommen. Also Menschen aus Ländern, die als nicht sicher gelten. 80 Prozent der Menschen werden bei uns bleiben.“ Auch werde versucht, eine gute Mischung aus Familien und alleinstehenden Männern und Frauen zu schaffen, um die Infrastruktur am Ort nicht mit einem erhöhten Bedarf an Kindergarten- und Schulplätzen zu überfordern.

### **Alternative Standorte geprüft**

Nach dem Grund gefragt, warum gerade in dieser Ecke der Gemeinde dieses Projekt verwirklicht wird, zählte Bürgermeisterin Ursula Mayer auf, welche Alternativen geprüft wurden. Das Gelände Am Hart, wo das neue Gewerbegebiet geplant ist, ist aufgrund der aktuellen Planungen und des derzeit noch laufenden Normenkontrollverfahrens nicht möglich. Die Idee, die Menschen auf dem Rufgelände unterzubringen, scheiterte zum einen an den zu hohen Umbaukosten für diese auf drei Jahre beschränkte Nutzung, zum anderen daran, dass die Bürgerinitiative dort zwischenzeitlich soweit sei, konkrete Planungen vorzulegen. „Im Übrigen“, so erklärte Mayer, „sind dank meines Einsatzes auf diesem Gelände gerade noch drei Wohnungen übrig geblieben. Fast die gesamte Fläche sind Nutzräume für Vereine und Institutionen.“ Der eigentliche Skandal sei aber eigentlich, dass in unserer Gemeinde ca. 40 Wohnungen und Häuser leer stehen, erklärte Mayer abschließend. Alle deren Eigentümer seien angeschrieben und auf die bestehende Problematik mit knappen Wohnraum aufmerksam gemacht worden: „Nur 16 Rückmeldungen habe ich bekommen, die anderen haben überhaupt nicht reagiert. Der immer noch bestehende Leerstand ist ein wirklicher Skandal“, so Mayer.

Das gemeindliche Grundstück an der Sigohostrasse ist für die Errichtung einer Kinderkrippe vorgesehen, wozu es eine gesetzliche Vorgabe gibt, hier den Eltern Plätze anzubieten. Die von einer Frau angesprochene Leonhardiwiese sei ein absolutes Tabu. „Auf unserem Leonhardifest passiert Integration. Wer dort hingehet, ist mittendrin in unserem gemeindlichen Geschehen“, so die Rathauschefin. Die Alternative zu dem Feel-Home-Projekt wäre eine Traglufthalle gewesen, wie sie jetzt allorten zu sehen sind, oder die radikale Belegung der örtlichen Turnhallen. Und das seien die schlechtesten Lösungen für die Bürger gewesen. Besonders geeignet sei der jetzige Standort auch wegen der nahegelegenen Bushaltestelle, des Einkaufsmarktes, der fußläufig erreichbar sei, den direkt nebenan liegenden Sportplätzen und der unmittelbaren Nähe zur Blue Box. Hier könnten gegebenenfalls auch in den freien Räumen die Sprachkurse für die Flüchtlinge angeboten werden.

### **Ehrenamtliches Engagement unbezahlbar**

Die Bedenken der Bürger konnten die Bürgermeisterin und auch der Landrat gut nachvollziehen, baten jedoch um weiteres Engagement aus der Bürgerschaft. In diesem Zusammenhang wurden auch die vielen Ehrenamtlichen mit einem besonders großen Dankeschön bedacht. Ohne sie würde Integration nicht so gut gelingen. Eine junge Frau meldete sich zu Wort und ermunterte die knapp 200 Anwesenden, sich an den vielfältigen Aufgaben zu beteiligen: „Die Menschen sind dankbar und für einen selber gibt es so viel zurück.“ Auch Margret Reuber, eine langjährige Helferin in Sachen Asyl, betonte: „Wir haben schon einmal eine so gewaltige Aufgabe bewältigt, da waren es 1990 um die 200 Männer im Containerdorf an der Sportplatzstraße.“ Bürgermeisterin Ursula Mayer sieht allen Grund, stolz auf die bisherige Leistung zu sein: „Wir können doch auch stolz auf Deutschland sein, zumindest versuchen wir, eine solch gewaltige humanitäre Leistung zu erbringen. Wir in den Kommunen müssen handeln, das haben wir in den vergangenen 14 Jahren unaufgeregt und pragmatisch getan. Wir schaffen auch diese Herausforderung, davon bin ich überzeugt.“ Sie forderte alle Anwesenden auf, sich über den Verlauf der Planungen und die Entwicklungsschritte intensiv zu informieren, um mögliche Gerüchte und aufkommende Bedenken gleich auszuräumen. Im Gemeindeblatt werden die Infos aus dem Gemeinderat leider zeitverzögert abgedruckt, aber auf der Homepage und in der Gemeindeblatt-App sowie in den Tages- und Wochenzeitungen werde die neueste Entwicklung sehr zeitnah dargestellt. Trotzdem werde sie versuchen nun durch zeitnahe Pressemitteilungen dem Kommunikationsbedürfnis der Bürger in dieser Sache nachzukommen.

gmV